

ACHTUNG! Sperrfrist 8.7.2010 bis 18:00 UHR

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
meine Damen und Herren,

es geht heute um Maßnahmen zum Schuldenabbau, die Aufnahme von Maßnahmen in das Haushaltssicherungskonzept sowie die Fortführung von Prüfungen.

Es geht um Kürzungen und wer heute kürzt, zahlt morgen drauf.

Laut Verwaltungsvorlage sollen bis zum Jahre 2015 Kürzungen in der Größenordnung von 69 Millionen Euro erfolgen.

Die so genannte Gestaltungsmehrheit geht in ihren Vorschlägen sogar so weit bis 2015 Kürzungen von ca. 80 Millionen Euro vorzunehmen.

Beschäftigen wir uns einmal kurz damit, wie ist es dazu gekommen ist, dass Remscheid so tief in der Schuldenfalle sitzt. Da sind natürlich die internen, die hausgemachten Faktoren: Im Schnelldurchgang -

Swapgeschäfte

Schaufenster der Wirtschaft

Gewerbegebiet Blume

Projekte der EWR mit Negativsaldo

Ämterhaus..

usw. und sofort

Die externen Faktoren wie Nichteinhaltung des Konnexitätsprinzips durch Land und Bund, permanente Unterfinanzierung sinkende Steuereinnahmen.

Es wird unterschwellig immer wieder behauptet die aktuelle Krise habe mit der Wachstumsschwäche der Wirtschaft zu tun, wenn die Konjunktur sich erholt würde alles wieder gut.

Diese Erwartung beruht auf der Annahme, dass die in unserer Republik betriebene Wirtschafts- und Finanzpolitik nach einiger Zeit Wirkung zeigt und reiche Dividende bringt.

Seit mehr als 20 Jahren setzen die verschiedenen Bundesregierungen darauf die Unternehmen zu stärken, die Kräfte des Marktes zu ermutigen und den Ordnungsrahmen der Privatwirtschaft zu deregulieren. Dies erfolgt in erster Linie durch Steuersenkungen und Subventionen.

Und eben die Tatsache der fortlaufenden Steuergeschenke an Besserverdienende, Spekulanten und Großkonzerne verursachte Mindereinnahmen bei den Kommunen in der Größenordnung von alleine 5,6 Milliarden Euro in den Jahren 2008 und 2009.

Für die Bankenrettung wurde in der Finanzkrise, die übrigens immer noch nicht überwunden ist, ein

milliardenschwerer Schutzschirm errichtet, wobei die Verursacher der Finanzkrise gleichzeitig zu Nutznießern des Schutzschirms wurden, um im übrigen auch noch von den Zinszahlungen der Kommunen einen Extraprofit einzustreichen.

Die Kommunen ließ man alleine im Regen stehen.

Nach den unvorstellbaren Milliardensummen zur Rettung der Finanzmärkte kommt jetzt die Quittung:

„Das antisoziale sogenannte Sparpaket der Bundesregierung.“

Ich gehe deshalb hier darauf ein, weil die kurz und mittelfristigen Auswirkungen auf unsere Stadt negativ sein werden. So werden unter anderem die Kürzungen beim Heizkostenzuschuss für Hartz IV Empfänger und die Kürzungen beim Übergangsgeld für Arbeitslose unseren Haushalt belasten.

Auf 28 Milliarden Steuersenkungen und Subventionen für Besserverdienende und Unternehmen folgen 32 Milliarden Sozialkürzungen bis zum Jahr 2014.

Neun Milliarden Einkommenssteuergeschenken für Reiche und Unternehmen stehen 7,2 Milliarden gestrichene Rentenbeiträge bei Hartz IV Beziehern gegenüber.

Eine Milliarde Euro Mehrwertsteuerersparnis für Hotelbesitzer wird finanziert durch 1,6 Milliarden Elterngeldabschaffung.

Nachdem 4 Milliarden Euro für die Abwrackprämie gezahlt wurden, werden nun 4,5 Milliarden Euro bei der Arbeitsmarktintegration für Langzeiterwerbslose gestrichen.

Im Klartext: Wer heute keine Chance hat, bekommt sie auch morgen nicht.
Und die Folgen dieser unsozialen Politik dürfen natürlich die Gemeinden tragen.

Es würde den Rahmen der heutigen Ratssitzung sprengen, wenn ich nun alle Maßnahmen und Prüfaufträge die hier vorliegen einer kritischen Würdigung unterziehen würde, des halb werde ich mich auf einige Schwerpunkte beschränken.

Personalabbau:

Es ist bekannt, dass der Personalrat der Stadt Remscheid, seit Jahren versucht mit der Verwaltungsleitung ins Gespräch zu kommen.

Es ging und geht dem Personalrat darum, gezielt Vereinbarungen zu erarbeiten die eine, der komplizierten Haushaltslage angepasste Personalplanung- und Qualifizierung ermöglicht.

Es müsste eigentlich doch jedem Verantwortungsbewussten Kommunalpolitiker klar sein, das für die vor uns liegenden Aufgaben des Strukturwandels und zur Sicherstellung eines wirtschaftlichen Aufschwungs eine intakte Verwaltung notwendig ist.

Weil die Vorschläge zur Personalreduzierung in vielen Punkten unrealistisch sind, weil sie nicht im Konsens mit der demokratisch legitimierte Personalvertretung gemacht wurden, lehnt DIE LINKE diese ab.

Wenn wie vorgesehen 70% der durch Altersfluktuation zwischen 2010 und 2020 freiwerdenden Stellen nicht wiederbesetzt sondern gestrichen werden, besteht die Möglichkeit der Streichung von

371 Stellen im Stellenplan der Stadt Remscheid.

Das wäre die personelle Entkernung der Verwaltung. Bürgerservice würde zum Fremdwort verkommen, Grünanlagen versteppen, eine handlungsfähige Infrastruktur sprich eine funktionsfähige Verwaltung wäre nicht mehr sichergestellt.

Die Beschäftigten der Stadt haben genug Opfer gebracht, sowohl bei Lohn und Gehalt als auch bei der Arbeitszeit und der Vergütung von Überstunden.

Der sogenannte Oberbürgermeistertag ist ein kleines, im Prinzip nicht ausreichendes Äquivalent für extreme Arbeitsverdichtung. Er muss für die Beschäftigten der Stadt erhalten bleiben.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sind zutiefst verunsichert und frustriert. In diesem Klima des Misstrauens und der Verunsicherung können kaum Vorschläge für eine zukunftsorientierte Reform der Verwaltung gedeihen.

Es ist doch schon jetzt so, dass die innere Verwaltung durch Stellenzuwächse immer weiter aufgebläht wird und die Mitarbeiter in den bürgerbezogenen Bereichen kaum noch wissen wie sie Ihre Arbeit bewältigen sollen

DIE LINKE spricht sich gegen die vorgeschlagenen Maßnahmen aus.

Die Linke spricht sich auch gegen die Unsitte der Befristung von Arbeitsverträgen aus, wie sie mittlerweile in vielen Bereichen der Verwaltung geübt wird.

Da ist z.B. die junge Mitarbeiterin der Verwaltung, 25 bis 30 Jahre alt mit einem befristeten Arbeitsvertrag der junge Mann mit dem sie gerne die Ehe eingehen würde, ist Betriebselektriker und hat auch einen tollen befristeten Arbeitsvertrag.

Kann mir hier jemand erläutern, wie diese jungen Menschen eine Familie gründen sollen, welche Planungssicherheit haben diese jungen Menschen eigentlich für ihre Zukunft.

Es ist in diesem Zusammenhang immer wieder abtörend wenn in Berlin von bestimmten Epigonen der Begriff der Familienfreundlichkeit in den Mund genommen wird.

Das durch die Bezirksregierung gegen unsere Stadt verfügte Ausbildungsverbot muss fallen.

Lassen Sie mich nun zum nächsten Schwerpunkt meiner Ausführungen kommen Bildung und Kultur

Im kommunalpolitischen Programm der LINKEN zur Kommunalwahl 2009 heißt es unter anderem:

„Für DIE LINKE Remscheid gehört es zur kommunalen Daseinsvorsorge dieses Feld nicht nur zu schützen, sondern so auszubauen, das es als ein wesentlicher Bestandteil allgemeiner Bildung allen Menschen unbegrenzt zugänglich ist und kulturelle Mitgestaltung gefördert wird.“

DIE LINKE Remscheid fordert:

Musik und Kunstschule, Öffentliche Bibliothek, Teo Otto Theater, Städtische Galerie, Röntgen Museum, Haus Cleff, Werkzeugmuseum, Stadtarchiv in städtischer Trägerschaft zu sichern und zu stärken, die Privatisierung öffentlicher Kultureinrichtungen zu verhindern.“

Wir halten uns an diese Aussagen gebunden.

Wir erleben derzeit einen Angriff auf die Musik und Kunstschule von Kräften die eine Privatisierung dieser Institution betreiben möchten.

Der Antrag der „Gestalter“ aus einem Prüfauftrag nun eine Maßnahme zu machen, obwohl es sicher sehr viel prüfenswertes gäbe, lässt erahnen aus welcher Richtung hier der Wind weht.

Tatsachen die im Rathaus seit dem vergangenen Jahr bekannt sind, werden jetzt aus dem Hut gezogen um mit dem Vorwurf der Misswirtschaft eine der wichtigsten kulturellen Bildungseinrichtung in Misskredit zu bringen.

In der Bergischen Morgenpost vom 3. Juli schrieb ein Journalist im Zusammenhang mit den jetzt den erhobenen Vorwürfen: „Es darf keinen Zweifel daran geben, dass Remscheid zur Sicherung seiner Zukunft eine Musik und Kunstschule braucht.

Sie ist ein wertvolles Instrument zur Steuerung der kulturellen Bildung. Das sollte die Stadt nicht einfach aus der Hand geben. Die MKS braucht eine gute finanzielle Ausstattung. Musikunterricht kostet Geld. Der Zugang zur Musikschule sollte nicht von den finanziellen Verhältnissen im Elternhaus abhängen.“

DIE LINKE sieht das genauso und hält sich in diesem Zusammenhang an ihre Aussagen im Kommunalwahlkampf gebunden. Die Musik und Kunstschule muss bleiben und zwar unter städtischer Regie.

Investitionen in die Bildung sind die wichtigsten Investitionen in die Zukunft. Diese richtige Aussage kann der geneigte Bürger bei allen Parteien die im Rat vertreten sind wiederfinden. Umso mehr muss der Bürger aber erstaunt sein, wenn er den gemeinsamen Antrag von SPD, FDP und GRÜNEN zum Produkt 04.03.01 (Bibliothek) liest.

Dort heißt es: „Das Angebot der Stadtbibliothek Remscheid wird grundlegend neu strukturiert. Unter Berücksichtigung der Maßnahmen M.1 bis M.6 ist eine Reduzierung der Nutzfläche, eine Personalreduktion um mindestens sieben Vollzeitäquivalente und die Senkung der Kennzahlen des Gemeindeprüfungsamtes auf ein unteres mittleres Vergleichsniveau anzustreben.“

Dies ist der Supergau für die Bildungseinrichtung Bibliothek, denn wenn man den projizierten Personalabbau durch Altersfluktuation hinzunimmt, haben wir im Jahre 2020 überhaupt keine Beschäftigten mehr im Bibliothekswesen unserer Stadt.

In der vorletzten Sitzung des HuF wurde der hier beschriebene Personalabbau noch bestritten jetzt ist die Katze aus dem Sack und alle nach dem Schließungsversuch der Lüttringhauser Stadtteilbibliothek vergossenen Tränen entpuppen sich als Krokodilstränen.

Ich frage mich, haben diejenigen die diesen Antrag verfasst haben jemals über die Folgen ihres Tuns nachgedacht?

Was heißt da räumliche Verkleinerung? Ist die Einführung des RFID in unserem Bibliothekswesen kostenlos und ohne weitere Folgekosten? Nach meiner Kenntnis ist dieses System für unsere Bibliotheken kaum unter einem Preis von 500 000 Euro zu bekommen und die Installationskosten

und Kosten für Schulung dürften sich gerne im Bereich von weiteren 100 000 Euro bewegen. Zahlen für Wartungsverträge und updates habe ich nicht, aber die sind sicher auch nicht kostenlos.

DIE LINKE wird diesen Maßnahmen die Zustimmung verweigern.

Mein dritter Punkt Bürgernähe und Demokratieabbau

Die vorgesehene Schließung der Bezirksverwaltungsstelle Lüttringhausen ist nach unserer Meinung Kontraproduktiv. Im Interesse der Bürger muss diese Service Stelle erhalten bleiben. Eine Schließung der Bezirksverwaltungsstelle Lüttringhausen ist mit uns nicht zu machen.

Die geplante Abschaffung des Seniorenbeirats und der Bezirksvertretungen ist nach unserer Meinung ein Abbau von Demokratie und Bürgernähe deshalb wird sich DIE LINKE dagegen aussprechen.

Wenn es hingegen die Möglichkeit gäbe, einen Prüfauftrag zu beschließen, ob wir wirklich dringend einen dritten Bürgermeister brauchen, und dann daraus sofort eine Maßnahme machen könnten, wäre DIE LINKE sofort dabei.

Meine sehr geehrten Damen und Herren ich freue mich sehr darüber, dass wir gleich in der Abstimmung jeden Punkt einzeln abstimmen, dann können die Bürger dieser Stadt sehen, welche politischen Kräfte sich wie zu welchem geplanten Vorhaben stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
es dürfte klar sein, dass unsere Stadt mit jeder weiteren Kürzung unattraktiver wird und an Lebensqualität verliert.

Deshalb sagen wir:
„Wer jetzt kürzt wir morgen draufzahlen!“

Ohne klare Zusagen für eine Veränderung der Gemeinde - finanzierung aus Berlin und Düsseldorf werden die Kürzungen zu einer weiteren Verödung unserer Stadt führen.

Alle bisherigen Vorleistungen in Form von Kürzungen haben bisher nichts gebracht und ich glaube dass auch diese Kürzungsrunde bei den Verantwortlichen Stellen in Berlin und Düsseldorf keinen Eindruck machen wird.

Nur gemeinsam aufgebauter Druck eröffnet die Möglichkeit für Veränderungen.
Dafür lohnt es sich einzutreten.